



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde im Wahlkreis Gifhorn-Peine,

in den letzten Tagen erreichten mich Tausende E-Mails zum 3. Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite (sog. Infektionsschutzgesetz). Diese Nachrichten kamen aus der ganzen Bundesrepublik, in den allermeisten Fällen war es nicht erkennbar, ob die Anfrage aus meinem Wahlkreis stammte. Es ist offensichtlich, dass ich nicht auf alle antworten kann. Sollten Sie mich angeschrieben und noch keine Rückmeldung von mir erhalten haben, wenden Sie sich gerne erneut an mein Büro (ingrid.pahlmann@bundestag.de). Damit wir Ihre Anfrage richtig zuordnen können, schreiben Sie bitte in der Signatur Ihre Postanschrift. Ausführliche Informationen zu dem am Mittwoch beschlossenen Gesetzentwurf finden Sie auf den folgenden Seiten dieses Newsletters. Da in der mancherorts hitzigen Debatte viele Falschbehauptungen in Umlauf gebracht wurden, habe ich mit meinem Team einen kurzen Faktencheck erarbeitet. Diesen übersende ich Ihnen zusammen mit der aktuellen Ausgabe des „Schulterblicks“. Die ansonsten hohe Akzeptanz der Bevölkerung für die Corona-Schutzmaßnahmen beruht auf einer einheitlichen und nachvollziehbaren Vorgehensweise von Bund, Ländern und Kommunen. Dabei hat der Deutsche Bundestag alle grundlegenden Beschlüsse zur Pandemiebekämpfung gefasst: Wir haben die epidemische Lage von nationaler Tragweite festgestellt. Wir stellen das Geld für die umfassenden Hilfen und die Stärkung des Gesundheitssystems zur Verfügung. Wir haben zahlreiche Gesetze etwa zum Bevölkerungsschutz, zum Kurzarbeitergeld, für soziale Einrichtungen, zum BaföG oder zu effektiven Gerichts- und Planungsverfahren beschlossen. Als Parlament erfüllen wir unsere Kontrollfunktion gegenüber der Regierung. Wir präzisieren im 3. Bevölkerungsschutzgesetz die Handlungsmöglichkeiten und die rechtlichen Grundlagen für exekutives Handeln in Krisensituationen. Das schafft mehr Rechtssicherheit angesichts einer andauernden Pandemielage. Letztlich geht es darum zu beweisen, wie wir als offene, demokratische und plurale Gesellschaft diese Pandemie in den Griff bekommen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre und Eure



Bericht aus Berlin

Gesetzliche Grundlage für Corona-Maßnahmen präzisiert

In zweiter und dritter Lesung beschlossen wir am Mittwoch das 3. Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite. Das Gesetz sieht eine Vielzahl an Maßnahmen angesichts der fortdauernden Corona-Pandemie vor. Diese Änderungen sind notwendig, um nach rund acht Monaten andauernder Pandemie die bisherigen Rechtsgrundlagen für die Maßnahmen des Bundes und der Länder zu konkretisieren sowie Regelungen zur Impfung und zur finanziellen Absicherung der Krankenhäuser zu treffen.

Deutschland bereitet sich auf das Impfen vor

Im Gesetz enthalten ist ein Rechtsrahmen für eine künftige Impfstrategie. Denn nur wenn wir jetzt die Vorbereitungen fürs Impfen treffen, kann es bundesweit losgehen, sobald ein Impfstoff zur Verfügung steht. Die Einzelheiten etwa zu der Frage, wer bei Vorliegen eines Impfstoffes zuerst geimpft werden soll oder wo die Impfung durchgeführt werden kann, wird das Bundesgesundheitsministerium unter Beteiligung der Ständigen Impfkommission beim Robert Koch-Institut in einer Rechtsverordnung regeln. Klar ist aber auch: Es wird keine Impfpflicht geben! Dies wird eine persönliche Entscheidung jeder und jedes Einzelnen sein.

Krankenhäuser werden gestärkt

Wir stärken außerdem finanziell die Krankenhäuser in der Pandemie. Sie erhalten finanzielle Unterstützung, damit in Regionen mit hohem Infektionsgeschehen ausreichend Intensivkapazitäten für COVID-19-Patienten bereitgehalten werden. Auch Reha-Kliniken und Muttergenesungswerke werden finanziell entlastet. Weiterhin werden die Regelungen zum Reiseverkehr im Fall einer epidemischen Lage angepasst, z. B. dadurch, dass eine digitale Einreiseanmeldung nach Aufenthalt in Risikogebieten verordnet werden kann, um eine bessere Überwachung durch die zuständigen Behörden zu ermöglichen. Außerdem werden meldepflichtige Labore dazu verpflichtet, künftig eine SARS-CoV-2-Infektion elektronisch zu melden. Zur weiteren Ausweitung der Testkapazitäten erlaubt das Gesetz die Nutzung von veterinärmedizinischen oder zahnärztlichen Laborkapazitäten für Coronatests.

Verbesserungen im parlamentarischen Verfahren erreicht

Es ist uns in den parlamentarischen Verhandlungen gelungen, die Rechtsgrundlagen für die erforderlichen Schutzmaßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie insbesondere in einem neuen § 28a IfSG zu verbessern und zu differenzieren. Damit tragen wir den verschiedentlich in der Rechtsprechung geäußerten Bedenken Rechnung.



Bericht aus Berlin

Fortsetzung von S. 2:

Die Generalklausel des § 28 IfSG bleibt erhalten. Das Gesetz bestimmt in dem neuen § 28 a IfSG 17 spezifische und konkrete Schutzmaßnahmen, welche die Länder treffen können. Es sieht zudem für besonders grundrechtssensible Beschränkungen von Versammlungen, Gottesdiensten oder für Besuchsregelungen in Senioren- und Pflegeheimen besonders strenge Kriterien vor. In Seniorenheimen und Krankenhäusern muss zudem ein Mindestmaß an sozialen Kontakten gewährleistet bleiben. Und schließlich knüpft das Gesetz künftig die Entscheidungen über alle zu ergreifenden Schutzmaßnahmen daran, wie intensiv sich die Pandemie an einem Ort ausbreitet. Hierfür wird auf die Inzidenzwerte mit den Schwellen von 35 und 50 Infektionsfällen pro 100.000 Einwohnern in den letzten sieben Tagen zurückgegriffen. Erstmals regeln wir diese Inzidenzwerte gesetzlich, um die Länder zu effektiven Schutzmaßnahmen zu veranlassen, damit der Schutz von Leib und Leben und die Funktionsfähigkeit unseres Gesundheitssystems weiterhin gewährleistet werden können.



Bundesgesundheitsminister Jens Spahn sprach im Plenum über die Corona-Maßnahmen.

Wir sorgen für mehr Transparenz

Um die zur Bewältigung der Pandemie getroffenen Schutzmaßnahmen auch transparent zu machen, sind Rechtsverordnungen der Länder künftig zu begründen. Sie sind ab jetzt grundsätzlich zu befristen und müssen, wenn sie über vier Wochen hinaus gelten sollen, verlängert werden. Juristen nennen das „Grundrechtsschutz durch Verfahren“.

Im Ergebnis schaffen wir so eine Gesamtsystematik, die vor, während und nach der Inzidenzfeststellung die Handlungsfähigkeit des Staates gewährleistet und sich daran orientiert, wie wir bisher vorgegangen sind.

Weiter kommen wir unserer Beobachtungspflicht als Deutscher Bundestag nach, indem wir nach fast acht Monaten Pandemie mit einem eigenen Antrag den Fortbestand der epidemischen Lage von nationaler Tragweite festgestellt haben.

[Auf meiner Internetseite finden Sie weitere Informationen zum geänderten Gesetz. Dort ist auch der Link zur Bundestagsdebatte aufgeführt.](#)



Bericht aus Berlin

Union verteidigt vorausschauende Finanzpolitik

Wir werden für den Bundeshaushalt 2021 — genau wie in diesem Jahr — noch einmal im Dezember die Ausnahme von der Schuldenbremse beschließen müssen. Unsere Nettokreditaufnahme wird wegen der umfangreichen Unterstützungs- und Wirtschaftshilfen deutlich höher als die bisher im Entwurf veranschlagten 96 Mrd. Euro ausfallen. Angesichts der Pandemie ist das kurzfristig notwendig. Ebenso notwendig ist die mittelfristige Rückkehr zu einer generationengerechten Finanzpolitik. Wir wollen ab dem Bundeshaushalt 2022 wieder zurück zur Normalregelung der Schuldenbremse. Die Union steht sowohl für effektive Krisenpolitik als auch für finanzpolitische Verantwortung.

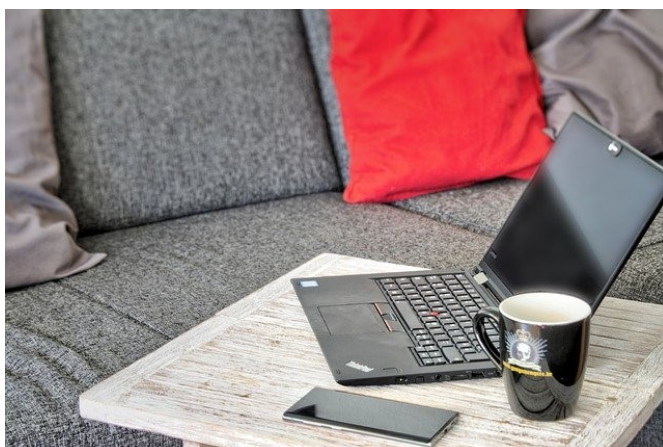


Wie die Pandemie unsere Arbeitswelt verändert

In regelmäßigen Abständen veranstaltet die CDU/CSU-Bundestagsfraktion öffentliche Fachgespräche und Kongresse. Hierzu werden externe Expertinnen und Experten eingeladen, um verschiedene Themen intensiver zu diskutieren und Wege für zukünftiges politisches Handeln zu entwickeln.

Am 18. November 2020 nahm ich an einem digitalen Fachgespräch zum Thema „Pandemie und Arbeitswelt im Wandel“ teil. Es wurden die durch

die Pandemie hervorgerufenen und beschleunigten Veränderungen der Arbeitswelt betrachtet. Dabei richtete sich das Augenmerk vor allem auf die Beschäftigten. Referenten waren u. a. der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Karl-Josef Laumann, und die stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbunds, Elke Hannack. Zur Sprache kam bei Veranstaltung der Umstand, dass nicht allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Möglichkeiten des mobilen Arbeitens zur Verfügung stehen.





Bericht aus Berlin

Ganztägige Bildung und Betreuung für Grundschulkinder

Für Grundschüler ist der Schulunterricht meistens zur Mittagszeit zu Ende. Häufig müssen die Eltern der Schülerinnen und Schüler aber länger arbeiten. Deshalb steht bei vielen berufstätigen Eltern eine längere und gute Nachmittagsbetreuung ihrer Kinder ganz oben auf der Wunschliste. Mehr als 70 Prozent der Eltern wünschen sich eine Ganztagsbetreuung für ihr Kind. Dieser Bedarf ist bei Weitem noch nicht gedeckt und es ist Aufgabe der Bundesländer, ein bedarfsdeckendes Ganztagsangebot zu schaffen.

Damit möglichst schnell gute ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter geschaffen werden, wird der Bund die Länder finanziell unterstützen und ein Sondervermögen mit einem Volumen von bis zu 3,5 Mrd. Euro errichten. Wir verfolgen damit das Ziel, dem Ausbau verlässlicher und bedarfsgerechter Bildungs- und Betreuungsangebote den entscheidenden Schub zu verleihen.

Bei aller finanziellen Unterstützung des Bundes für den Ausbau von Ganztagsangeboten ist eines aber auch klar: Es muss immer die Entscheidung der Eltern bleiben, ob sie die Ganztagsangebote für ihre Kinder nutzen wollen oder nicht. Eine verpflichtende Ganztagschule wird es mit uns als CDU/CSU nicht geben.

Papier zur „Ackerbaustrategie 2035“ diskutiert

Im Rahmen einer öffentlichen Anhörung beschäftigte sich der Agrarausschuss mit dem Diskussionspapier zur „Ackerbaustrategie 2035“ von Bundesministerin Klöckner. Das Papier wurde von den geladenen Experten insgesamt positiv bewertet. Mit seiner angestrebten Ackerbaustrategie bezweckt Julia Klöckner, Perspektiven für den Pflanzenbau der Zukunft aufzuzeigen und den Landwirtinnen und Landwirten Planungssicherheit zu gewährleisten. Eine, auch aus



meiner Sicht dringend nötige, Versachlichung der Diskussion erhofft sich von der Initiative der Präsident der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft Hubertus Paetow. Die Pflanzenbauwissenschaftlerin Prof. Dr. Carola Pekrun monierte, dass die genannten Ziele nicht quantifiziert worden seien. Mehr zu der Anhörung sowie eine Videoaufzeichnung gibt es [hier](#).



Bericht aus Berlin

Agrarpolitiker der Union beziehen Stellung zur EEG-Novelle

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist ein Grundbaustein unserer Energiewende. Es hat die Veränderung unseres Energiesystems angestoßen, unsere Energieversorgung nachhaltiger gemacht, neue Wertschöpfung geschaffen und Wirtschaftszweige eröffnet. Die anstehende Novelle verankert das Langfristziel Treibhausgasneutralität von Erzeugung und Verbrauch des gesamten Stroms in Deutschland vor dem Jahr 2050. Bereits im Jahr 2030 sollen die erneuerbaren Energien 65 Prozent des Bruttostromverbrauchs bereitstellen. Wir, die Agrarpolitikerinnen und -politiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, halten die Bioenergie aufgrund ihrer Speicherbarkeit und Flexibilität für systemrelevant für unser Energiesystem. Strom aus Bioenergie ist teurer als Strom aus Wind- und Solaranlagen, er kann jedoch als Einziger bedarfsgerecht und flexibel gesicherte Leistung durch steuerbare Anlagen bereitstellen, wenn Wind und Sonne tageszeitlich oder wetterbedingt nicht zur Verfügung stehen. Darüber hinaus ist Bioenergie speicherbar und kann somit Strom für Verbrauchsspitzen liefern. Insbesondere vor dem Hintergrund der fluktuierenden Einspeisung der übrigen erneuerbaren Energien kommt der Bioenergie eine besondere Rolle zu.

Für eine nachhaltige und effiziente Nutzung von Bioenergie sind verlässliche Förder- und Preissignale sowie einheitliche ökologische Leitplanken erforderlich. Dies schafft Planungssicherheit, bestärkt Anlagenbetreiber in zukunftsfähige Technologien zu investieren und mobilisiert ungenutzte Reststoffpotenziale. Die Rahmenbedingungen im EEG 2021 müssen außerdem so ausgestaltet werden, dass alle Anlagen dahingehend optimiert werden, die Umrüstung auf eine flexible Fahrweise, einen Ausbau der Wärmebereitstellung sowie eine Maximierung der Treibhausgas-Einsparung durch Effizienzsteigerung und Substratänderungen zu unterstützen. Die Agrarpolitikerinnen und -politiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützen die Ziele der EEG-Novelle. Wir begrüßen das vorgesehene Monitoring und den Nachsteuerungsmechanismus, der es möglich macht, auf aktuelle und zukünftige Herausforderungen unseres Energiesystems reagieren zu können. Die in dem Referentenentwurf skizzierte Begrenzung der Kostenbelastung, die Akzeptanzmaßnahmen, die Maßnahmen zur Steigerung der Markt- und Netzintegration und der Einstieg in die Post-Förderungs-Ära halten wir für eine gute Diskussionsgrundlage.

Im kommenden Jahr werden die ersten Anlagen aus der zwanzigjährigen Förderung fallen. Daher muss die EEG-Novelle zügig verabschiedet werden und am 1. Januar 2021 in Kraft treten. Wir, die Agrarpolitikerinnen und -politiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ermutigen daher Bundestag und Bundesrat, das EEG so zu gestalten, dass der Erhalt und Ausbau der Anlagen gesellschaftlich akzeptiert, wirtschaftlich tragbar und nachhaltig gelingen und die Markt- und Systemintegration der erneuerbaren Energien weiter voranschreiten können.



Bericht aus Berlin

Weiteres aus dem Plenum

Bundesbericht Forschung und Innovation 2020. Die Bundesregierung informierte umfassend über die Aktivitäten des Bundes und der Länder zur Forschung und Innovation. Der alle zwei Jahre erscheinende Bundesbericht Forschung und Innovation stellt die Elemente der deutschen Forschung in diesem Segment vor. Demnach investierte Deutschland im Jahr 2018 über 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Innovation und nimmt damit weltweit einen Spitzenplatz ein. Bis 2025 soll dieser Anteil bei 3,5 Prozent des BIP liegen. Im Jahr 2018 haben Staat und Wirtschaft eine Rekordsumme von 105 Mrd. Euro in Forschung und Entwicklung investiert. Die Zahl der Beschäftigten in Forschung und Entwicklung konnte auf fast 708.000 Personen im Jahr 2018 gesteigert werden, was einem Aufwuchs von 45 Prozent in den letzten zwölf Jahren entspricht.

Gesetz zur Anpassung der Ergänzungszuweisungen des Bundes nach § 11 Absatz 4 des Finanzausgleichsgesetzes und zur Beteiligung des Bundes an den flüchtlingsbezogenen Kosten der Länder. Wir beschlossen eine Entlastung der Länder im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes. Dazu werden die Länder ab dem kommenden Jahr 500 Mio. Euro/Jahr als Abschlagszahlung zur Kompensation der Kosten für Asylbewerber erhalten. Im Rahmen des „Pakets für den öffentlichen Gesundheitsdienst“ (ÖGD) erhalten die Länder für 2021 zunächst 200 Mio. Euro als erste Tranche von insgesamt 3,1 Mrd. Euro. Damit sollen die Länder den Personalbestand in den Gesundheitsämtern ausbauen und die Attraktivität des ÖGD verbessern. Durch die Spitzabrechnung zur Kompensation der Kosten für Asylbewerber für den Zeitraum vom 1. September 2019 bis 31. August 2020 und Abschlagszahlung für den Zeitraum 1. September 2020 bis 31. Dezember 2020 werden die Länder um weitere rund 153 Mio. Euro entlastet.

Gesetz zur Verbesserung der strafrechtlichen Bekämpfung der Geldwäsche. Mit diesem Gesetzentwurf, den wir in erster Lesung berieten, wollen wir die EU-Richtlinie 2018/1673 über die strafrechtliche Bekämpfung der Geldwäsche umsetzen und den Tatbestand der Geldwäsche reformieren. Mit der Neufassung des Straftatbestandes werden künftig alle Straftaten als Geldwäschევortaten einbezogen. Es soll künftig also nicht mehr darauf ankommen, dass Vermögenswerte aus ganz bestimmten Katalogstraftaten stammen. Entscheidend wird nur noch sein, dass ein Vermögenswert durch irgendeine Straftat erlangt wurde.

Einen Überblick über die rund 29 Stunden des [Plenarbetriebs diese Woche finden Sie hier](#).



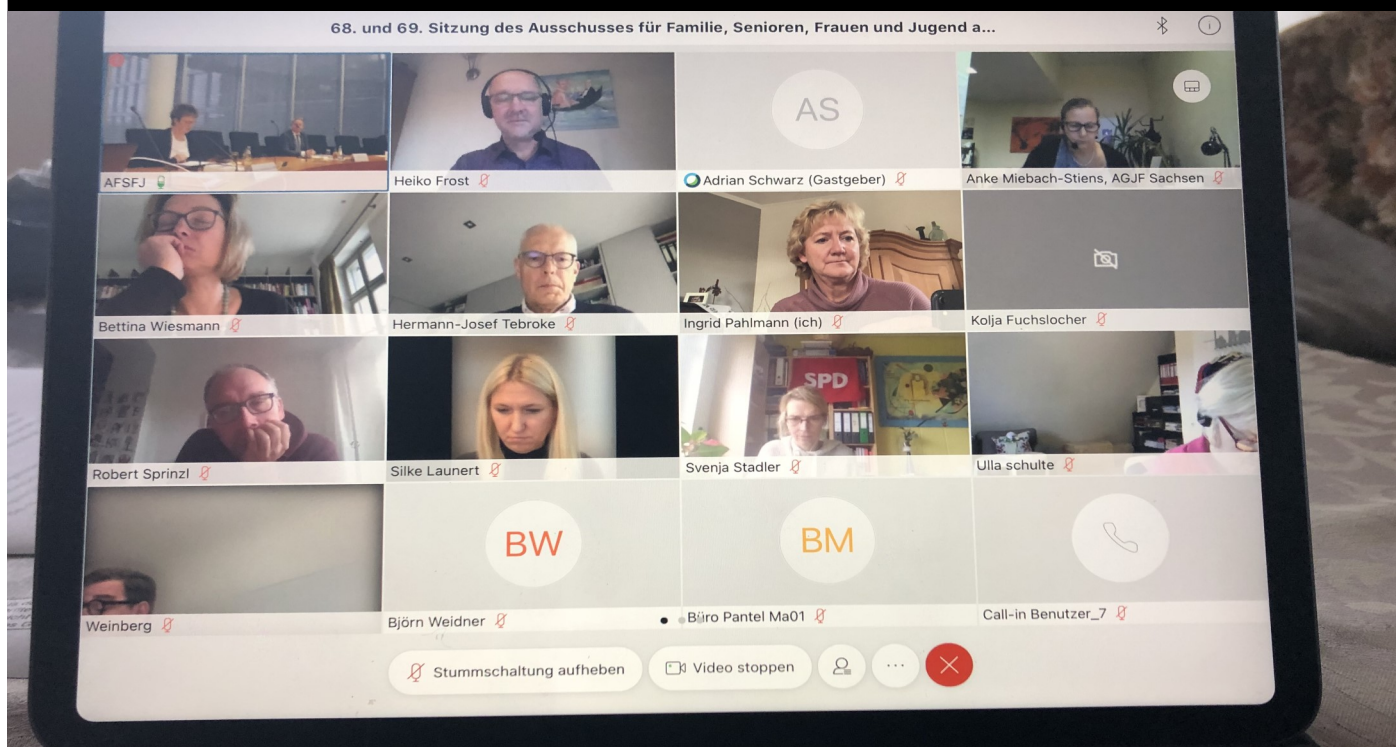
Bericht aus Berlin

Impressionen aus Berlin



Finde den Unterschied.

Auf dem Foto links sieht man im Vordergrund die Union, auf dem Bild rechts (hauptsächlich) die AfD-Fraktion (kaum Abstand, kaum Masken).



Die meisten Arbeitssitzungen im Parlament — in dem Fall die Sitzung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend — finden in digitaler oder hybrider Form statt.



Bericht aus dem Wahlkreis

585.000 Euro Förderung für den neuen See-Park am Schlosssee mit Brückenschlag zum Kirchgarten der St. Nicolai- Kirche

Am Mittwoch kam die Bestätigung: Die Stadt Gifhorn kann sich über eine Förderung von 585.000 Euro durch den Bund freuen. Diese Nachricht überbrachte ich mit großer Freude dem Bürgermeister Matthias Nerlich. Die Stadt Gifhorn hatte sich im Frühjahr zusammen mit der St. Nicolai-Gemeinde für die Förderung beworben.

Das Förderprogramm soll Modellprojekte zur Klimaanpassung in urbanen Räumen voranbringen. Für die Umsetzung der Klimaschutzziele der Bundesregierung bedarf es konkreter Beiträge aus allen Bereichen. Mit diesem Programm wird die Stadtentwicklung in den Fokus genommen. Es setzt somit da an, wo städtebauliche und ökologische Herausforderungen aufeinandertreffen.

Es fließen 585.000 Euro nach Gifhorn, das freut mich ganz besonders. Ich habe mich für das Projekt stark gemacht, verbinden wir doch auf diese Weise die Stadt besser mit dem Schlosssee. Durch die geplanten Veränderungen erhöhen wir den Nutzen der Grünflächen zur Wasserspeicherung und machen einen Teil der Stadt attraktiver für Bienen und Insekten. Die geplante Renaturierung der Mühlenaller soll insbesondere Kindern und Jugendlichen die ökologische Wertigkeit von Fließgewässern näherbringen.



Darüber hinaus steigern wir die Attraktivität der Stadt. Wir verbinden den Nutzen für die Umwelt mit dem Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger. Teil des Projektes wird auch die Umgestaltung des Kirchgartens an der S. Nicolai-Kirche sein. Dort werden, neben der gestalterischen Aufwertung des grünen Platzes, Möglichkeiten zur Aufladung von E-Bikes und zur sicheren Unterbringung von Fahrrad-Akkus installiert. Ein Beitrag, von dem auch der Wochenmarkt und die Geschäfte in der Innenstadt profitieren können. Nun gilt es, das Projekt auf Seiten der Stadt voranzubringen und Gifhorn so zu einem Vorbild für den Umweltschutz im Städtebau zu machen.

Wir blicken trotz der aktuellen Situation weiterhin darauf, wie wir unsere schöne Heimat zukünftig weiterentwickeln und attraktiv halten können.



**Sprechen Sie uns an —
wir sind gerne für Sie da!**

Kontakt/Impressum

Ingrid Pahlmann MdB

Bundestagsbüro Berlin

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 11, 11011 Berlin
Telefon: 030 227-72341
Fax: 030 227-76067
E-Mail: ingrid.pahlmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Gifhorn

Steinweg 5, 38518 Gifhorn
Telefon: 05371 740 69 28
Fax: 05371 937 38 74
E-Mail: ingrid.pahlmann.ma04@bundestag.de
Ansprechpartner: Frederick Meyer

Wahlkreisbüro Peine

Freiligrathstraße 4, 31224 Peine
Telefon: 05171 769 92 49
Fax: 05171 150 34
E-Mail: ingrid.pahlmann.ma05@bundestag.de
Ansprechpartnerin: Ann-Marie Klaas



Copyright

Bilder:

Kopfzeile S. 2-8: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann; Deutscher Bundestag/Achim Melde;

Kopfzeile S. 9: Altes Rathaus Peine: Losch/commons.wikimedia.org; privat; Schloss Gifhorn:

© Anne Bermüller/pixelio.de;

Kopfzeile S. 10: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann;

S. 3: Screenshot Deutscher Bundestag;

Alle weiteren Bilder privat oder Pixabay.